

Die Alternative zur Alternative

Warum Pegida, AfD und Co. das Abendland nicht lieben

»Das Volk« sind sie noch lange nicht. Die weltgeschichtlichen Entwicklungen vor allem in den Ländern der arabischen Welt haben den rechtspopulistischen Kräften in Deutschland am 13. März 2016 einen schwindelerregenden Erfolg bei Landtagswahlen beschert. Doch bedeuten fast 25 Prozent AfD in Sachsen-Anhalt und gut zweistellige Werte in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz noch keine Machtübernahme. Die große Mehrheit der Deutschen sprach sich für eine weltoffene und liberale Gesellschaft aus. Das gilt es bei aller Verunsicherung festzuhalten. In Europa, ja weltweit zeichnen sich schon seit längerer Zeit Polarisierungen ab, die nun mit dem Auftreten von AfD und Pegida auch in Deutschland offensichtlich werden.

Es ist zunächst eine offensichtliche Tatsache, dass im Osten Deutschlands die reaktionär-alternativen Bewegungen mehr Zulauf haben als im Westen. Das zeigen nicht nur die aktuellen Wahlergebnisse, die Statistiken bezüglich fremdenfeindlicher Übergriffe und rechtsradikaler Aktivitäten, sondern auch die besondere Verwurzelung von Pegida im Dresdner Raum. Im Übrigen ist auch das starke Abschneiden der Partei »Die Linke« in den neuen Bundesländern ein Zeichen für die kritische Distanz zur aktuellen gesellschaftlichen Wirklichkeit Deutschlands. Auch hier wird eine prinzipielle Alternative zu den bestehenden Verhältnissen gesucht.

Woher die Fremdheit so vieler im eigenen Land? Sind die vermeintlichen Retter der Nation und des Abendlands tatsächlich mehr mit den Idealen unseres Landes und unseres Kulturkreises verbunden als andere? Und warum ereignet sich die aktuelle Identitätskrise besonders ausgeprägt in den neuen Bundesländern beziehungsweise in Sachsen oder gar in Dresden?

Als ich vor drei Jahren von Freiburg im Breisgau nach Dresden in Sachsen zog, dachte ich, dass die Ost-West-Kiste eigentlich bereits Geschichte sei. Als im baden-württembergischen Exil zum bekennenden Bundesrepublikaner mutierter Bayer konnte ich auch regionalen Besonderheiten, wie der sächsischen, keine übermäßig wichtige Bedeutung beimessen. Erste Beobachtungen und Erfahrungen zeigten aber, dass es doch signifikante Unterschiede gibt: Es fehlt bereits im Straßenbild der bunte Akzent der Neubürger mit Migrationshintergrund. Schon ethnisch war es eindeutig »deutscher« hier. Die Taxifahrer stammten aus Sachsen und nicht aus dem Iran, Marokko oder Nigeria. Aber auch kleine Unterschiede in den Umgangsformen fielen mir auf, so ist die Anrede »Herr Professor« oder »Herr Doktor« hier üblicher als im Südwesten. Die Gesellschaft schien mir hierarchischer und der Dienstweg verbindlicher zu sein. Die Studierenden werden meist als »Studenten« und die Kolleginnen und Kollegen als »Kollegen« angesprochen – weil oder obwohl Frauen in der DDR formal früher emanzipiert waren als in der BRD. Mehrfach wurde mir versichert, dass die Straßen eindeutig sicherer als im Westen der Republik seien.

Der ausgeprägte Stolz auf die Stadt und die Heimat erinnerte mich entfernt an meine alte Heimat Bayern, auch hier spürte man ein Schwanken zwischen demonstrativer Selbstzufriedenheit und latenter Unzufriedenheit.¹¹⁸ Ein Kollege sprach bei-läufig davon, es herrsche in Dresden eine Atmosphäre latent

aggressiver Depression. Ähnliche Einschätzungen teilten übrigens nicht nur zugewanderte »Wessies«, sondern auch gebürtige Dresdner und zugewanderte Brandenburger, Mecklenburger und Berliner. Ein gutes Jahr nach unserem Umzug marschierten besorgte Bürger mit besorgniserregenden Parolen durch die Straßen der Stadt: »Widerstand!«, »Lügenpresse!«, »Wir sind das Volk!«, »Merkel muss weg!« Und: »Volksverräter!« Fast jeden Montag wird seither das Hochamt des Widerstands der »Mutigen« zelebriert, zumeist vor der weltbekannten Kulisse der Stadt.

Pegida – Provinzposse oder gefährliches Vorspiel?

Dresden hat wie jede andere Stadt zwei Gesichter. Doch geht hier ein abgründiger Riss durch die Mitte der Gesellschaft. Ein kritischer Geist, offene Herzen und ein immenses Engagement für geflohene Menschen stehen den Sorgen um die eigene Identität, der Ablehnung von Fremden und der Diskursverweigerung gegenüber. Pegida verlieh der einen Seite, die ihrerseits vielschichtig ist, ein Forum. Bürger mit legitimen Befürchtungen marschierten gemeinsam mit hasserfüllten Schreihälsen und gewaltbereiten Krypto- und Neonazis hinter einem kriminellen Rattenfänger her. Gewiss sind die Pegidisten in Dresden nicht in der Mehrzahl. Doch wie sehr auch immer die Zivilgesellschaft sich bemühte, ein Zeichen gegen die Vereinnahmung der Stadt und ihrer öffentlichen Räume durch eine rechte, resentmentgeladene Bewegung zu setzen, stets konnte Pegida mehr Anhänger mobilisieren als die Vertreter eines offenen Gemeinwesens. Handelt es sich hier um eine sächsische Provinzposse oder um das Vorspiel einer neuen reaktionären Gefahr?

Man hätte Pegida als ein rein regionales Phänomen abtun können, wenn nicht zeitgleich in Deutschland eine neue rechtspopulistische Partei im Aufstieg begriffen wäre. Und auch die steigenden Prozentzahlen der »Alternative für Deutschland« wären für sich noch nicht beängstigend, gäbe es da nicht vergleichbare Phänomene in ganz Europa: der »Front National« in Frankreich, »PiS« in Polen, Geert Wilders in den Niederlanden, Viktor Orban in Ungarn. Und auch in den USA findet sich mit dem neuen Präsidenten Donald Trump ein Prediger nationaler Stärke und ausschließender Abgrenzung zum Anderen.

Die Wendung »patriotische Europäer«, wie sich die Dresdner Islamgegner nennen, hat ihr Gewicht nicht auf Europäer, sondern auf patriotisch. Doch inwiefern haben diese unzufriedenen Patrioten tatsächlich das »deutsche Vaterland«, das nach unserer Nationalhymne blühen möge, in seiner dynamischen Größe, in seiner wertebundenen Verfassung und seiner multi-ethnischen Wirklichkeit im Blick? Wird nicht ein regionalistisch enggeführtes Zerrbild von Deutschland mit der selbstbewussten Weite und kreativen Stärke der heutigen Republik verwechselt? Und inwiefern kennen und lieben die Verteidiger des Abendlands dessen wunderbare und dynamische Kultur tatsächlich? Die Vereinnahmung des Begriffs »Abendland« durch geschichtsvergessene Betroffenheit ärgert mich als christlichen Theologen und als Philosoph, dessen tägliches Geschäft seit Jahrzehnten die abendländische Kultur ist, in besonderer Weise.

Wie stehen Pegida und AfD nun zueinander? Trotz aller politischen Konkurrenz und trotz aller Unterschiede von außerparlamentarischem Widerstand und parlamentarischer Opposition gibt es eine bemerkenswerte sachliche Nähe. Die größte Gefahr wird derzeit in der Einwanderungs- und Asylpolitik der Regierung Merkel gesehen. Tiefer betrachtet sind es die geis-

tesgeschichtlichen, weltpolitischen und gesellschaftlichen Umwälzungen, die beide Bewegungen umtreiben. Zwar wollte sich das besorgte und bewegte »Volk« (Pegida) von der ehemaligen »Professorenpartei« (AfD) nicht vereinnahmen lassen. Wie auch die AfD teilweise zögerte, sich für die schillernde Bewegung der Straße zu begeistern. Dennoch erklärten AfD-Politiker die AfD zur »Pegida-Partei«. Und wie die neue Studie des Dresdner Politikwissenschaftlers Hans Vorländer beschreibt, finden sich auch zahlreiche personelle Überschneidungen zwischen Pegida und AfD.¹¹⁹

Auch mit Blick auf die NPD gibt es nach Auskunft des Sächsischen Verfassungsschutzes »sich überschneidende Milieus«, was in den schwarz-weiß-roten Reichsfahnen, die bei Pegida-Märschen zu beobachten sind, manifest wird.¹²⁰ Manche Parole von Pegida erinnert trotz offizieller gegenteiliger Beteuerung eindeutig an rechtsradikales Gedankengut, um hier nur an das Narrativ von der Erhebung des »einfachen Volkes« zu erinnern, das den »Volksfeinden« – gleich ob inländischer »Volksverräter« oder ausländischer »Volksverderber« – das »Ende bereiten« wird. Zwar verlaufen die Pegidamärsche in Dresden weitgehend friedlich, doch muss die dramatisch ansteigende Zahl von Gewalt gegen Asylbewerberheime in diesem Kontext bedacht werden. Sprachliche Gewalt kann schnell in physische Gewalt umschlagen, um hier nur die Namen Heidenau, Freital, Clausnitz zu nennen. Dennoch ist zu betonen, dass Pegida in Dresden zwar mit eindeutig nationalistischen Parolen und mit deutlich fremdenfeindlichen Ressentiments operiert, jedoch andererseits nicht dem neo-nationalsozialistischen Milieu zugeordnet werden kann.¹²¹

Die besondere Erklärung oder der hinreichende Grund für Pegida als spezifisch ostdeutsches Phänomen findet sich nicht

so sehr im Nationalismus oder Ethnozentrismus, nicht so sehr in der religiös motivierten Islamophobie oder in der latenten Xenophobie, nicht nur in gefühlter oder realer sozialer Benachteiligung, nicht so sehr in reinem Autoritarismus, vielmehr ist Pegida der Ausdruck für eine elementare Fremdheit im politischen System der Bundesrepublik, ja in der westlichen Welt überhaupt. Hier liegen einerseits Verbindungen zu den osteuropäischen Rechtspopulisten, aber auch Unterschiede dazu, fühlen sich die Pegidisten doch fremd im eigenen Land, weil sich »Teile der ostdeutschen Bevölkerung affektiv nicht im politischen System des Grundgesetzes heimisch fühlen«.¹²²

Spätestens 1933 begann – auch – in Dresden die Geschichte des antiwestlichen Autoritarismus, die im nationalsozialistischen Reich ihre abgründigste Gestalt und im antiimperialistischen Kommunismus ihre ideologische Fortschreibung fand. Die sowjetische Entnazifizierung blieb eine Episode in der Republik des Antifaschismus. Es war antifaschistisches Selbstverständnis der DDR, dass die faschistische Tradition lediglich im Westen Deutschlands nach wie vor ihr Unwesen treibe. Nazis sind die anderen. Der latente nationalsozialistische Untergrund wurde übersehen oder abgeblendet, weil nicht sein kann, was aus ideologischen Gründen nicht sein darf. Es ist also kein Zufall, dass etwa der NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) im thüringisch-sächsischen Raum entstand.

Was unbemerkt von den offiziellen Ideologen im Untergrund bereits keimte, wurde nach der Wende virulent. Die ethnisch-homogene Gesellschaft der DDR fand sich nach der Wende plötzlich in der multiethnischen, kulturell und religiös pluralen Welt. Das Narrativ vom bösen Westen konnte sich mit dem Narrativ des verderblichen Fremden überlagern. »Keine westdeutschen Verhältnisse«: Mit diesem Wahlslogan der NPD

sind selbstverständlich nicht Wohlstand und Freiheit, sondern die »zerstörerische Überfremdung« gemeint. So wundert es nicht, dass die NPD lange Jahre im sächsischen Landtag vertreten war. Und dass sich in Dresden Neonazis aus ganz Europa über lange Zeit am Jahrestag des vernichtenden Bombardements durch die Westalliierten des Zweiten Weltkriegs getroffen haben, ist ebenfalls kein Zufall¹²³, auch wenn es bis heute die defensive Position gibt, dass auch dieses neonazistische Phänomen ein reiner Westimport gewesen sei. Beobachtungen bei der Fußballeuropameisterschaft in Frankreich, bei denen rechtsradikale Hooligans aus Dresden auffällig wurden, weisen in eine andere Richtung.¹²⁴ Die sächsische Landespolitik unterschätzte die Gefahr durch rechtsradikale Strömungen in der sächsischen Gesellschaft über lange Zeit. Der heute noch zu hörende Verweis damals verantwortlicher Politiker, dass es schließlich auch linksradikale Entgleisungen in Dresden gebe, exkulpiert meines Erachtens nichts, sondern macht das Problem offenkundig, dass man die gesellschaftliche Gefahr vor allem im linken Spektrum verortet hat. Dieses besondere politische Klima ist wohl ein weiterer Faktor, warum es auch zu einer neu-rechten Bewegung kommen konnte.

Dresden lag fast vierzig Jahre hinter dem Eisernen Vorhang, und was einiges Gewicht haben dürfte: Im Elbtal konnte das Westfernsehen nicht empfangen werden. So blieben die Dresdner nicht nur von »imperialistischer Propaganda«, sondern auch von den Veränderungen in der globalisierten Welt verschont. Darüber hinaus trifft es mit Blick auf die Zerstörung von Dresden wohl zu, dass »die Stadtbürgerschaft über Jahrzehnte ein Narrativ aufrechterhalten (hat), welches Dresden als stetes Opfer unverschuldeter Umstände beschrieb«. ¹²⁵ Schließlich gibt es in der Elbstadt einen »deutungskulturellen Konservatismus«,

der die eigene Tradition und Identität gegen Gefahren von Außen gegen vermeintliche Gefahren verteidigen will.¹²⁶

Bemerkenswert an Dresden ist auch eine starke bürgerliche Prägung. Zwar manifestierte sich nach der Zerstörung der alten barocken Herrlichkeit die kommunistische Macht, etwa in brutaler Plattenbauarchitektur und breiten paradetauglichen Straßenzügen, doch erhielt sich mit der wunderbaren Bausubstanz aus der Gründerzeit auch eine erstaunliche bürgerliche Kultur, wovon nebenbei bemerkt auch Uwe Tellkamps Roman »Der Turm« zeugt. Doch war das Dresdner Bürgertum in kommunistischen Zeiten zum Nischendasein verurteilt. Es konnte nicht von sich aus zivilgesellschaftlich wirksam werden. Diese marginalisierte Daseinsform löste sich 1989 schlagartig auf, und ein langsamer Selbstfindungsprozess setzte ein.

Generell gestaltete sich dieser Transformationsprozess nicht konfliktfrei, und nicht alle aufgelaufenen gesellschaftlichen Krisen wurden in angemessener Weise in öffentlichen Debatten angesprochen – was freilich angesichts der Einmaligkeit und der Größe der Aufgaben auch nicht verwundern kann. Vielmehr ist es erstaunlich, dass der Umbruch relativ friedlich verlief. Allerdings erfüllten sich nicht für alle Einwohner der Stadt die Verheißungen des Westens. Es gab viele Wendeverlierer und eine massive soziale Verunsicherung. Besonders ist auf die flächendeckende Deindustrialisierung hinzuweisen. Nicht wenige ostdeutsche Mitbürgerinnen und Mitbürger empfinden die Ambivalenz der Wende noch heute sehr deutlich.¹²⁷

Die gesellschaftlichen Umbrüche machten es notwendig, Fachkompetenz aus dem Westen in das Land zu holen. Neben Vertretern der Wirtschaft kamen vor allem Verwaltungsfachleute, zumeist Juristen, Medienprofis, Wissenschaftler, aber auch hohe Militärs und Bischöfe. Die kulturelle, mediale,

wirtschaftliche und politische Macht im neuen Staat lag weitgehend in den Händen westdeutscher Eliten, deren Auftreten nicht selten als »herrisch und arrogant« empfunden wurde und die teilweise von mangelndem Gefühl für die enormen Anpassungsleistungen der Ostdeutschen geprägt waren.¹²⁸ Dadurch aber wurde das alte Muster der Entfremdung von Obrigkeit und Untertanen im Osten der Republik reproduziert. Diese Tatsachen wurden jüngst in einer Studie der Universität Leipzig, die im Auftrag des MDR durchgeführt und von der »Zeit« vorab ausgewertet wurde, eindeutig bestätigt.¹²⁹ Relativ unabhängig davon ist die Frage, ob und wie sehr sich diese importierten Eliten in die Gesellschaft vor Ort integrieren wollten und konnten. Vielleicht ist die Forderung nach »Integration« in diesem Kontext unangebracht. Schwierigkeiten bei der Annäherung von Ost und West können jedenfalls von beiden Seiten ausgehen.

Für manche Beobachter ist die faktische Entfremdung zwischen Obrigkeit und Teilen der Bevölkerung Sachsens neben den anderen Faktoren auch in der großen Stabilität der Regierungsbildungen begründet. Seit der Wende wird der Ministerpräsident von der CDU gestellt, die seit der Wende die führende politische Kraft ist. Dabei kultivierte die sächsische CDU in besonderer Weise den Stolz auf die eigene Heimat, nicht zuletzt als Vorreiter der sozioökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland. Ob man von einem »ethnokulturellen Zentrismus« oder einem »sächsischen Chauvinismus« sprechen muss, wäre zu diskutieren.¹³⁰ Dass die große Konstanz der Landespolitik die weit verbreitete Sehnsucht nach einer politischen Veränderung in den herrschenden Verhältnissen befördern und schließlich außerparlamentarische Kanäle der politischen Artikulation auf den Weg bringen kann, liegt jedenfalls auf der Hand.

In der hier skizzierten Gemengelage befinden sich wohl regionale Wurzeln für das Entstehen einer massiven Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen. »Die da oben« machen wie immer, was sie wollen, ohne Rücksicht auf »das Volk«. Zugleich haben wir in Sachsen nach Einschätzung von politologischer Seite eine besondere »Bereitschaft, dieses Misstrauen auch als offene Kritik auf die Straße zu tragen«. ¹³¹ Deshalb kann Pegida etwa mit der Parole »Wir sind das Volk« scheinbar an die Bürgerbewegung der Wendezeit anknüpfen – scheinbar! Denn während sich die damalige Volksbewegung gegen eine starke Diktatur und ihr Unterdrückungssystem wandte, richtet sich der heutige Protest gleichermaßen gegen schwache Menschen, die vor Unterdrückung in unsere Demokratie geflohen sind, um Schutz zu suchen, und letztlich gegen die repräsentative Demokratie in ihrer pluralistischen Gestalt.

AfD und Co.: Ein Gespenst geht um in Europa

Während Pegida Ausdruck einer Mentalität ist, die noch nicht in der Mitte der deutschen Gesellschaft angekommen ist, steht die neue AfD für eine Strömung, die aus dieser Mitte herausgefallen ist. Man kennt die innere Dynamik unserer Gesellschaft, lehnt deren neuere Entwicklungen aus ideologischen Gründen jedoch ab. Die Ordnung der Dinge, wie wir sie kennen, sei durch die aktuellen Entwicklungen in Gefahr. Es drohe der Untergang des Gewohnten – in vielerlei Hinsicht: finanziell, kulturell, sozial, national, ethnisch, ethisch.

Vor allem bedroht scheint die bürgerliche Mitte als solche. Diese Analyse ist auch nicht ganz falsch. Denn seit einigen Jahrzehnten schrumpfen die Mittelschichten in den Industrie-

ländern. Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer. Gewiss genügt es nicht, die aktuelle globale und nationale wirtschaftliche Situation auf diesen Slogan zu bringen. Es gibt auch erfreuliche Fortschritte in der globalen Armutsbekämpfung, sodass auch neuer Wohlstand wächst. Doch im politischen Diskurs der westlichen Nationen spielt derzeit vor allem die Erosion der Mittelschicht eine entscheidende Rolle.¹³² Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch wird die Mitte von den Extremen her unter Druck gesetzt, wie wir bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern am 13. März 2016 gesehen haben. Verglichen mit dem Dreiparteiensystem der alten Bundesrepublik, in der es nur die Union, die SPD und die FPD gab, ist das Spektrum unübersichtlicher geworden. Zunächst hatten sich die »Grünen« als Antiparteienpartei etabliert. Doch der Wille zur Macht und auch zur Realität ließ aus den Resten der »Achtundsechziger« eine neue, progressiv bürgerliche Partei werden. Sie sind – wie in Baden-Württemberg ganz aktuell deutlich geworden ist – in der Mitte angekommen. Die zu einem guten Teil aus den Altbeständen der DDR hervorgegangene Partei »Die Linke« befindet sich noch in diesem Unterscheidungsprozess, und es ist noch nicht klar, ob sie ebenfalls zur Mitte der Republik strebt. Mit der AfD erscheint – nach NPD, DVU, REP – wieder einmal eine neue Partei am rechten Rand. Hier ist erstens ungewiss, ob sich diese Partei dauerhaft etablieren kann, und zweitens, ob sie die zentralen Ideale unserer Republik tatsächlich geschlossen zu vertreten vermag.

Im Übrigen hat sich die gesellschaftliche und politische Mitte samt ihren Idealen stark verändert. Die neue Mitte ist weniger denn je eine fixe, mit sich identische Größe, sondern ein offener Raum, der durch gesellschaftliche Debatten stets neu bestimmt

werden muss. Das gelebte Grundgesetz gibt dafür lediglich die äußersten Eckdaten ab. Maßgeblichen Zeitströmungen, die den aktuellen Diskurs prägen, sind: Globalisierung, Europäisierung, kulturelle, religiöse, soziale, sexuelle Pluralisierung, eine neue Wertschätzung von Dissidenz und Differenz, Emanzipation der Geschlechter aus überkommenen Rollen, Digitalisierung und seit einiger Zeit auch die neue Frage nach der Identität angesichts all der Veränderungen und Verschiebungen, auch der nationalen Identität. Diese Phänomene sind ihrerseits Gegenstand des gesellschaftlichen und politischen Streits. In allem liegen Gefahren und Chancen. Und es gibt Gewinner und Verlierer der Entwicklungen. Auch haben sich anerkannte Werte verändert. Einige Realitäten wurden moralisiert, andere entmoralisiert. So wird Homosexualität heute gesellschaftlich akzeptiert, Gewalt in der Ehe inkriminiert. Respekt von Minderheiten wird moralisiert, überkommene Rollenvorstellungen von Mann und Frau werden dekonstruiert. Während sich die großen Parteien und Kirchen in Deutschland den emanzipativen Veränderungen angepasst beziehungsweise diese teilweise sogar vorwärtsgetrieben haben, gibt es nun Kräfte, die am Überkommenen festhalten wollen und angesichts der Transformationen den Untergang wittern.

Völlig verfehlt wäre es, hier simple Fronten aufzumachen. Auf der einen Seite die Verfechter von Destruktion und Dekonstruktionen auf der anderen Seite die Verfechter einer Identität. Wer eine derartige Alternative aufmacht, hat schlichtweg keine Ahnung von den eigentlichen intellektuellen Debatten der letzten Jahrzehnte. Es gibt allerdings große Ungleichzeitigkeiten zwischen dem eigentlichen intellektuellen Diskurs und den gesellschaftlichen Entwicklungen. So hat sich das philosophische Paradigma der Postmoderne, dessen Kennzeichen die Dekonstruktion beziehungsweise die Betonung von Differenz und Alte-

rität ist, seit geraumer Zeit erschöpft und eine neue Frage nach Identität, Wahrheit und Wirklichkeit ist auf die Tagesordnung getreten, während andererseits zahlreiche Errungenschaften dieser Geschichtsphase sich erst in unseren Tagen in Gesetzgebung, Moral und Mentalität etablieren. Fest steht, dass wir den Begriff der Identität nicht den »Identitären« überlassen dürfen, ja dass die aktuelle Krise Ausdruck dieses Streits um unsere prekäre Identität (Gregor Maria Hoff) ist.

Jedoch steht auch fest, dass sich im ehemaligen Ostblock, der von der modernen Ideologie des Kommunismus beherrscht wurde, eine postmoderne Kultur der Offenheit nicht entfalten konnte. Dies erklärt, warum gerade ältere Bürger der ehemaligen DDR sich mit der gewachsenen Wirklichkeit des Westens schwertun und deren Werte im altem Jargon diffamieren. So kann es nicht verwundern, dass auch die AfD ihre größte Mitgliedschaft unter älteren Männern in Ostdeutschland rekrutiert. Man fühlt sich gleichermaßen von einer dämonisierten Genderdebatte in seiner Männlichkeit, von der Rolle des Englischen als lingua franca in seiner kulturellen und von der Zuwanderung in seiner ethnischen Identität bedroht. Doch sind diese Einschätzungen letztlich kein ostdeutsches Phänomen, wie die neonationalen Bewegungen nicht auf den ehemaligen Ostblock beschränkt sind, sondern in Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden ebenso blühen. Nennen wir diese rechtspopulistische Dynamik vorläufig und in einem weiten Sinn »identitäre Bewegung«, weil sie alte Identitäten neu in Szene setzen will.

Wenn wir feststellen, dass die Rolle der AfD reaktionär ist, so wird dies nicht als eine böse Unterstellung von außen betrachtet. Denn hört man auf den Karlsruher Philosophen und AfD-Politiker Marc Jongen, Schüler von Peter Sloterdijk, dann

ist die Bezeichnung »reaktionär« durchaus nicht pejorativ gemeint, vielmehr handelt es sich im eigenen Selbstverständnis um eine Auszeichnung. Das Reaktionäre sei das Progressive – so die Behauptung. In programmatischer Weise will man die Kultur der Differenz, Dekonstruktion und Pluralität überwinden in eine imaginierte Vergangenheit, in der alte geschlechtliche, kulturelle, soziale, ethnische Identitäten noch stabil gewesen zu sein scheinen. Übrigens erinnert bereits die Namensgebung der »Alternative für Deutschland« an eine alte Diktion, in der sich das progressive Spektrum als »alternativ« bezeichnet hat. Während in den Sechziger- bis Achtzigerjahren das »Alternative« bei allen Irrungen und Verwirrungen für den gesellschaftlichen Fortschritt und die Öffnung auf Alterität und Differenz stand, steht die jetzige Alternative für Rückschritt, Schließung, Grenzziehung und harte Identität. Das Neue ist das Alte. Dabei erinnert die AfD an die klassisch modernen Ideologien. Auch im Kommunismus und im Nationalsozialismus strebte man Zurück in einen imaginierten Urzustand, der durch die Entfremdung des Menschen von seinem Eigentlichen zerstört worden sei und nun nach der angestrebten Revolution wiederhergestellt werden müsse. Und tatsächlich stellt Jongen seine Partei in diese Tradition: »Ein Gespenst geht um in Deutschland«. Doch diesmal ist es nicht der Kommunismus. Es ist auch nicht »die Religion«, die in Peter Sloterdijks antichristlicher Kampfschrift mit dem Titel »Du musst dein Leben ändern« gleich die gesamte »westliche Welt« heimsucht und bedroht. Das aktuelle Gespenst ist nach Jongen positiv verstanden die »Alternative für Deutschland«. Wie bei Marx die kommunistische Partei, so überwinde die AfD die wesentliche Entfremdung des Menschen durch die Achtundsechziger-Kultur der Dekonstruktion. Wie bei Marx die Bourgeoisie so ist bei

Jongen die herrschende Kultur der Differenzen dem Untergang geweiht.

Die Entwicklung der letzten 50 Jahre, die durch die Emanzipation von Klassen, Rassen, Geschlechter, Lebensalter, religiöser Zugehörigkeit und anderen Bereichen gekennzeichnet war, wird von Jongen pauschal zum Feindbild erkoren. Die eigene Identität wird vor allem durch ein Bedrohungsszenario konstituiert, das sehr breit gefächert sein kann und nicht nur den rechten Rand der Gesellschaft affiziert: »Die Islamisierung des Abendlands«, »die Massenzuwanderung in das Sozialsystem«, das »Reproduktionsverhalten der Afrikaner« (Björn Höcke), der »Selbsthass der Deutschen« (Tatjana Festerling), die »Altparteien«, der »dekadente Westen«, die USA, die »rot-grüne Multi-Kulti-Ideologie« (Landtagswahlprogramm AfD, Baden-Württemberg), der »grün-rote Kampf gegen die angeblich allgegenwärtige Diskriminierung«, »das »Gender-Mainstreaming«, aber auch der Lobbyismus (Marc Jongen), die Finanzelite, die Europäische Union, der Euro und schließlich »die Welt aus Fahrradfahrern und Vegetariern« (Witold Waszczykowski).

Es mag nun durchaus angehen, die eigene Identität durch Kritik zu konstituieren. Auch ist es höchst legitim, einen Streit um das Kritikwürdige zu führen. Und in der Tat gibt es vieles in der jüngeren Entwicklung, das der eingehenden Kritik bedarf. Doch auf die Würde kommt es an. Hier ist durchaus zwischen den Landtagswahlprogrammen der AfD und den Reden auf der Pegida-Bühne oder gar gewissen Internetplattformen zu unterscheiden. Die Anonymität des Netzes scheint enthemmend zu wirken. Gleich ob auf Twitter, Facebook oder in den Diskussionsforen der Online-Zeitungen, immer deutlicher eröffnet sich in der Auseinandersetzung mit den Anderen ein Abgrund des Hasses. Wenn man die davon befeuerte Radikalisierung in

der realen Welt heranzieht, blickt man auf ein schockierendes Panorama der Gewalt. Brennende Asylbewerberheime sind die Folgen der verbalen Negation des Anderen. Dabei besteht die Paradoxie dieser identitären Bewegung darin, dass sie selbst nur partikularisiert existiert. Nur in der offenen Gesellschaft können deren Feinde existieren. Nur in der pluralisierten Welt des »World Wide Web« kann sich das randständige Ressentiment frei artikulieren. Nur hier können sich die partikularen Identitäten ungehemmt entfalten. Damit aber setzen sie voraus, was sie selbst negieren wollen: Vielfalt, Buntheit, Toleranz. Die Toleranz gebietet allerdings, auch das Reaktionäre zu ertragen, solange es nicht gewalttätig wird. Die politische Klugheit aber fordert, auch in diesen »identitären Bewegungen« die Zeichen der Zeit zu erkennen.

Die Ambivalenz der Religionen

Dass Religionen – im Plural – seit geraumer Zeit wieder Teil der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Diskurse sind, hängt wohl auch mit dem aktuellen Bedürfnis nach Identität zusammen. Doch ist das »gespenstische Wiedergängertum der Religion« (Sloterdijk) ein höchst ambivalentes Phänomen. Denn es durchziehen die Religionen und Konfessionen vergleichbare Frontlinien wie die politischen Landschaften. Weder der Katholizismus noch der Protestantismus noch die Orthodoxie noch das Judentum oder der Islam, ja nicht einmal der sonst für seine Friedfertigkeit so geschätzte Buddhismus bleiben – etwa in Myanmar – davor verschont, von reaktionären Ungeistern heimgesucht zu werden. Überall erstarken seit Jahren »die Anbieter ganz harter, durch Unbedingtheit und Un-

duldsamkeit geprägter neuer Glaubensweisen« (Friedrich Wilhelm Graf). So bedürfen auch die Religionen der Versöhnung, bevor sie versöhnend wirken können.

Damit sind durchaus nicht nur die radikalen und gewalttätigen Formen des Islamismus gemeint. Ohne Zweifel geht in unseren Tagen tatsächlich eine besonders große Bedrohung für den inneren Frieden der westlichen Gesellschaften von den unversöhnten Formen des Islam aus. Doch anstatt den Islam pauschal zu dämonisieren, sollten wir nach den Ursachen der Verwerfungen innerhalb dieser alten und ehrwürdigen Religion fragen. Der Islam befindet sich in einer Lage, die an den Dreißigjährigen Krieg in Europa denken lässt. Nicht zuletzt durch die Begegnung mit der abendländischen Moderne rutschte die islamische Welt in eine innere Krise, für die derzeit keine Lösung in Sicht ist. Doch birgt vielleicht gerade der Vergleich mit dem Dreißigjährigen Krieg auch einen Hoffnungsschimmer, denn auf die Zeit der religiös-politischen Selbstzerfleischung Europas folgte schließlich die Aufklärung. So bleibt die Hoffnung auf eine islamische Aufklärung.

Auch innerhalb des Christentums gibt es derzeit in allen Konfessionen schwere Verwerfungen, die zeigen, dass wir selbst in einer Umbruchssituation stecken, in der religiös identitäre Bewegungen das Aggiornamento der Kirchen rückgängig zu machen versuchen. Auch die christlichen Kirchen tun sich schwer, einen Weg der Mitte zwischen kahler Identität des Fundamentalismus und der leeren Differenz des Relativismus zu finden. Die neue Sehnsucht nach der Welt von Gestern lässt neue Allianzen entstehen. Da kann die reaktionäre Katholikin Gabriele Kuby auf einem Kongress in Moskau über »Große Familien und die Zukunft der Menschheit« sprechen und dabei die ost- und mitteleuropäischen Staaten davor warnen, dass durch die

EU-Mitgliedschaft das traditionelle Wertesystem zerstört werde. Der russische Präsident Wladimir Putin erscheint dann als Retter abendländischer Werte und natürlich auch des Christentums. Doch welches Christentums?

In einem Schreiben der slowakischen Bischofskonferenz, das die Bischöfe Ungarns übernommen haben, wurde die »Gender-Ideologie« in einer Weise attackiert, die an die Hetzreden Pegidas und mehr noch der Faschisten denken lässt. Da ist die Rede von »sodomitischen Verwirrungen« und einer »Kultur des Todes«. Angesichts solcher Bedrohungen hätten »frühere Generationen nicht gezögert, für die Verteidigung der Heimat zu sterben«. Slowakischer, ungarischer, aber auch polnischer Nationalismus und Katholizismus gehen in einer Weise wieder zusammen, die an die prekäre Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurückdenken lässt. Die Verbrüderung von autoritären Kirchenstrukturen und autoritären Staatsmodellen, die ja auch im orthodoxen Russland fröhliche Urstände feiert, ist ein zentraler Aspekt dieser Phänomene. Es geht immer darum, die alte Ordnung, die sich so eigentlich erst im 19. Jahrhundert herausgebildet hat, wieder herzustellen, religiös, politisch, kulturell. Entsprechende Ideologisierungen des »christlichen Mittelalters«, aber auch des traditionellen Bürgertums haben Konjunktur. Manches erinnert an die restaurativen Bemühungen in der nachrevolutionären Biedermeierzeit. Wir leben in einer Zeit »Heiliger Allianzen«, in der sich etwa der Orthodoxe Putin mit der Katholikin Marine Le Pen und dem Protestanten Trump die Hände reichen können. Religion und Politik verbünden sich, nicht nur im Islam.

Auch in Deutschland scheint sich gegenwärtig eine »Heilige Allianz« zwischen der AfD und reaktionären Kirchenkreisen abzuzeichnen. Liane Bednarz legte am 1. Februar 2016 in der

»Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« in einem luziden Artikel mit dem Titel »Die Radikalen« die Verbindungen von extremkonservativen Katholiken und Evangelikalen und AfD offen. Mit den Protestantinnen Beatrix von Storch und Frauke Petry hat die AfD gleich zwei religiös aufgeladene Galionsfiguren. Vor allem von Storch steht für die religiös-moralische Restauration. Bezeichnenderweise verbünden sich auch hier autoritäre Sehnsüchte, deutschnationale Träume, antifeministische Aggressionen, homophobe Überzeugungen und Visionen von moralischer Wiederaufrüstung mit antiislamischer Hetze.¹³³

Für diese rechtschristlichen Kreise – nicht nur für die Katholiken – wird Papst Franziskus seinerseits zur Hassfigur. Seine Offenheit, Spontaneität und moderate Reformbereitschaft sind vielen schon viel zu viel. Bei konservativen Katholiken eröffnet sich hier ein innerer Widerspruch: Man will zwar die absolute Autorität des Papstes. Aber was, wenn der Papst nicht so wie man selber will? Wenn der Identitätsgarant zu viel Differenz zulässt? Versöhnung tut not.

Die Weitung des Blicks

In der abendländischen Geschichte galt über mehr als zweieinhalbtausend Jahren der Primat der Identität. Diese Identität hatte verschiedene Namen: Das Sein, das Eine oder schlicht Gott. Doch kennzeichnet gerade die christliche Tradition die Vorstellung, dass Gott nicht nur der Eine, sondern auch der Andere ist, nicht nur der Vater, sondern auch der Sohn. Die Beziehung beider zueinander gilt als die personifizierte Liebe, der Heilige Geist. Hegel fasst diese religiöse Vorstellung in die Begriffe Identität vor aller Differenz (Vater), Differenz (Sohn)

und Identität von Identität und Differenz (Geist). Die innere Dynamik des göttlichen Geistes treibt nach Hegel die Geschichte voran. Ihr Ziel ist die Versöhnung der Gegensätze. Doch wird dabei die Differenz gerade nicht getilgt, sondern aufgehoben aufbewahrt.

Seit ziemlich genau zwei Jahrhunderten versucht das abendländische Denken Hegel zu entkommen. Es ist hier nicht der Ort, diese Geschichte nachzuerzählen, sondern deutlich zu machen, dass seither das Gefühl von Entfremdung an die Stelle der Versöhnung durch den Sohn Gottes getreten ist. Die modernen Philosophen Kierkegaard, Feuerbach, Marx, Nietzsche und andere haben die neue Erfahrung des Entzugs auf den Begriff gebracht. Dabei begann nicht nur diese Philosophie, sondern die westliche Kultur als solche, die Welt zu verändern. Um den neuen Menschen zu schaffen, muss die alte Welt destruiert werden. Erfahrung des Widerspruchs, der Entzugs am Eigentlichen und die Hoffnung auf Versöhnung trieben den Kampf um die Neue Welt an. Mit den Katastrophen des 20. Jahrhunderts endete die Hoffnung auf eine innerweltliche Versöhnung in den Trümmern unseres Kontinents. Während Osteuropa fest im Griff der letzten großen modernen Ideologie blieb, entfalteten sich im Westen nach und nach die offenen Gesellschaften auf der Basis einer pluralistischen Kultur der Alterität. Auf die moderne Logik der Destruktion folgte spätestens seit den Sechzigerjahren die Logik der Dekonstruktion. Zwischen der Identität der Metaphysik und der Differenz der Moderne entfaltete sich die »Différance« der Postmoderne als eine dritte Dimension, die nicht mehr an eine universale Versöhnung glaubte und lediglich regionale, partikuläre Kämpfe der Emanzipation führte. Nachdem Marx und Nietzsche die Moral als solche verabschiedet hatten, kehrte sie im Gewand der Postmoderne wieder. Die

»Rückkehr der Moral« (Michel Foucault) führte zu jenem unendlichen Kampf um Gerechtigkeit (Jacques Derrida), der in den letzten Jahrzehnten seinen Marsch durch die Institutionen angetreten hat. Diese Dynamik als »exzessiven Individualismus« zu brandmarken, zeugt von philosophischem Analphabetismus, denn einerseits geht es hier gerade nicht primär um das Subjekt (Foucault) und andererseits werden neue Formen der sozialen Verbundenheit entwickelt. Allerdings stellten radikale Vertreter der Postmoderne wie Jean-François Lyotard den Gedanken der Identität unter Generalverdacht und sprachen die Differenzen heilig.¹³⁴ Hier fänden wir die Kulturrevolution der Achtundsechziger auf den philosophischen Begriff gebracht, wenn wir nach postmoderner Überzeugung überhaupt etwas auf den Begriff bringen könnten.

Offenkundig werden wir in unseren Tagen wieder Zeugen und Akteure eines epochalen Umbruchs. Erneut befindet sich die abendländische Geschichte an einem Wendepunkt, denn das Paradigma der Dekonstruktion hat seinen progressiven Charakter eingebüßt. »Was ist aus dem kritischen Geist geworden? Ist der Dampf raus?« (Bruno Latour). Die Emanzipationsdynamik der sogenannten Postmoderne hat sich scheinbar erschöpft. Die Achtundsechziger sind in Rente. Eine neue Suche nach Identität scheint an die Stelle des Differenzdenkens getreten zu sein. Das »Schwache Denken« (Gianni Vattimo) hat einem »Neuen Realismus« (Maurizio Ferraris) Platz gemacht, der in neuer Weise ein starkes Denken favorisiert. Die Begriffe Wahrheit und Wirklichkeit werden wieder deutlicher identifizierbar. Doch ist sofort zu bemerken, dass die klügeren unter den Zeitgenossen nicht einfach das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. Das gilt sogar für die Vertreter der »Neuen Philosophie« in Frankreich, die in letzter Zeit der identi-

tären Bewegung nahegerückt zu sein scheinen. Bereits in den Neunzigerjahren schlug in Frankreich das kulturelle Pendel ins Gegenteil aus. Ehemalige Dekonstruktivisten und Anarchisten gaben sich wieder systemkonform und manche Vertreter koketierten mit konservativen und reaktionären Gedanken. Alain Finkielkraut etwa provoziert die französische Öffentlichkeit regelmäßig mit islamkritischen Aussagen und mit Forderungen, die nationale Identität Frankreichs zu stärken – auch gegen die Europäische Union. Inwiefern der »neue Philosoph« hier dem Front National zugearbeitet hat, mag an dieser Stelle offen bleiben. Fest steht, dass die neue Sehnsucht nach Identität ein äußerst vielschichtiges Phänomen ist.

Die aktuellen Krisenphänomene, zu denen neben der identitären Bewegung auch die massive Zuwanderung von Menschen vor allem aus dem islamischen Kulturkreis gehört, bergen Gefahren. Bedrohlich werden sie für das Abendland nur dann nicht, wenn sich dieses noch einmal kraftvoll und differenziert auf die eigene Identität besinnt. Doch bestand das Wesen von Europa noch niemals im Beharren auf einer kahlen Identität. Immer vermochte es, das Andere zu integrieren. So geht es gerade nicht um die Restauration der Herrschaft des männlichen, heterosexuellen, zum Opfer bereiten, fleischfressenden Europäers, wie Jacques Derrida einst spottete. Nicht um die ideologische Überhöhung einer bestimmten Region oder einer Zeit. Schon gar nicht um das ängstliche Beharren auf sprachlicher, kultureller oder nationaler Reinheit. Nicht einmal um die religiöse Identität – schon immer war Europa religiös plural, um hier nur an die Anwesenheit der Juden oder die konfessionelle Vielfalt zu erinnern. Es geht um die Besinnung auf die immense innere Dynamik der abendländischen Geschichte, beginnend bei den Griechen, dem Mittelalter, der Neuzeit bis zur

Moderne und Postmoderne. Ja, auch die postmoderne Dekonstruktion der Identitäten ist als bemerkenswerter Fortschritt anzuerkennen. Doch geht heute um die Wiedergewinnung eines kritischen Begriffs der Identität. Die gesuchte Identität lässt zurückdenken an Hegels Rede einer Identität von Identität und Differenz. Hegel nannte diese Identität zweiter Ordnung auch Versöhnung. Und in der Tat: Unsere Zeit braucht nichts mehr als Versöhnung. Doch dabei muss unmissverständlich klar sein, dass dies nicht mit einem Rückfall in den vorkritischen Status quo erkauf werden kann. Die Dekonstruktion der Postmoderne und die Destruktion der Moderne bleiben für uns verbindlich. Vielleicht brauchen wir nach der platten Identität des Immerselben, nach der hegelschen Identität des Verschiedenen eine Identität dritter Ordnung, eine »Identität 3.0«, die für das Inkommensurable offen bleibt, eine Versöhnung, die die Vollendung erst noch gelassen erwartet.

Unsere Geschichte ist noch nicht zu Ende. Unser Kontinent hat die Welt europäisiert. Und wir erleben, wie die Welt Europa globalisiert. Die Grenzen sind porös geworden. Die Zukunft wird anders. Gewiss. Doch ist nicht die Zukunft ohnehin das schlechthin Unverfügbare und Unberechenbare? Die innere Globalisierung und kulturelle sowie religiöse Pluralisierung sind an sich weder gut noch schlecht. Sie werden für uns zu dem, wozu wir sie machen. Sie können uns zu einer neuen Identität führen. Auch wenn diese nicht konfliktfrei zu haben ist. Ein selbstbewusstes Deutschland in einem selbstbewussten Europa braucht den Konflikt nicht zu fürchten. Pegida, AfD und Co. bleiben dann nur signifikante Randphänomene beim Übergang in eine neue Zeit. Sie verweisen auf ein neues Bedürfnis nach Identität. Die Liebe zum Abendland freilich bewährt sich nicht im geistlosen Fixieren von Identitäten, Lebenspraxen

und Moralen, sondern in der Kunst, sich in der Veränderung treu zu bleiben, in der Differenz die Identität zu wahren, ja, auch noch im Anderen sein Eigenes zu entdecken, wie Gott, der Eine, sich im Menschen, dem Anderen, entdeckt, in jedem Menschen, besonders aber in den Schwachen, Vertriebenen, Obdachlosen und – in den Feinden. Die versöhnte Verschiedenheit, die »Identität 3.0«, ist die Alternative zur Alternative.